

PERSÖNLICH

LARA STOLL: Die Slam-Poetin gewann manche Whiskyflasche – nun will sie von ihrer Kunst leben **SEITE 14**

OKTOBERFEST

RESIS: Sie sorgen dafür, dass den durstigen Festbesuchern nicht das Bier ausgeht **SEITE 15**

NEU IM KINO

BLINDNESS: Man sieht nur mit dem Herzen gut **SEITE 19**



Das Tessin sorgt für eine Müllentlastung

Für fünf Jahre wird die KVA zur Baustelle und kann nur noch in beschränktem Mass Abfall schlucken. Da kommt es der Stadt gerade recht, dass die Tessiner bald ihre eigene Anlage eröffnen.

Der oberste Chef persönlich stieg gestern Morgen in einen kleinen, gelben Bagger und liess den Presslufthammer auf den angejahrten Betonboden sausen. Stadtrat Matthias Gfeller markierte damit den offiziellen Baustart zum teuersten Bauvorhaben, das es je in Winterthur gegeben hat. 187 Millionen Franken kostet das Erneuern und Vergrössern der Kehrichtverbrennungsanlage (KVA). Kernstück des Projektes, das 2007 stolze 81 Prozent des Stimmvolkes gutgeheissen haben, ist der Ersatz der älteren der beiden Ofenlinien, die Ofenlinie 1 (Grafik, 1). Sie wird zum grossen Teil abgerissen und nach modernem Standard wieder neu aufgebaut. Zuerst kommt der Kehrichtbunker (2) an die Reihe. Für beide Ofenlinien wird überdies eine neue Rauchgasreinigung (3) mit Gewebefiltern eingebaut. Die halten den Feinstaub zurück. «Industrieschnee wird es nicht mehr geben», sagte Gfeller. Im gleichen Gebäude wie die Rauchgasreinigung wird eine neue Energiezentrale eingerichtet (4). Dazu kommen auf dem Vorplatz neue Waagen (5) und ein Abladeplatz, der privaten Anlieferern vorbehalten ist.

Ein komplexes Bauprojekt. Fünf Jahre soll seine Umsetzung dauern. Während dieser Zeit wird weiter Kehricht angeliefert und im zweiten Ofen verbrannt. Andere Verbrennungsanlagen im Kanton sollen bei Kapazitätsengpässen in die Bresche springen. Dass das Tessin im 2009 eine eigene



Die KVA wird zur Grossbaustelle. Rot eingefärbt sind jene Anlagenteile, die verändert werden. Bild: awo/Grafik: Stadtwerk/Montage: sts

KVA eröffnet und seinen Abfall nicht mehr nach Winterthur liefert, bringt eine willkommene Entlastung.

Was die Zeit nach der Bauerei betrifft, ist Gfeller optimistisch, dass die KVA gut ausgelastet bleibt. Er will auch den Kanton Schaffhausen, der seinen Kehricht zurzeit ins St.Galler Rheintal kartt, dazu animieren, ihn nach Winterthur zu liefern. Längst ist die KVA mehr als eine reine Müllverbrennungsanlage. Sie ist auch ein Kraftwerk, das Strom und Fernwärme produziert – nach dem Umbau in grösserer Menge als bisher. | PETER FRITSCHKE

Scheideggstrasse definitiv zu

Um ein zügigeres Anliefern und Ausladen zu ermöglichen, hat die Stadt das Areal der KVA vergrössert. Deshalb ist die Scheideggstrasse im Abschnitt zwischen St.-Galler-Strasse und Kronaustasse ab heute für den motorisierten Verkehr definitiv gesperrt. Velos und Fussgänger können sie dagegen weiterhin passieren. Die SVP hatte sich erfolglos gegen die Sperrung gewehrt, die ihrer Ansicht nach die Verkehrsprobleme im Grüzequartier verschlimmert. Das befürchteten auch Gewerbetreibende an der Kronaustasse. Sie haben deshalb Einsprache eingelegt gegen die Baubewilligung für den KVA-Umbau. Dass gestern trotzdem der erste Spatenstich erfolgen konnte, ist einer Einigung mit der Stadt zu verdanken. Diese sicherte Verbesserungen für den Verkehr zu, im Gegenzug entzogen die Anwohner dem Rekurs die aufschiebende Wirkung. (pfr)

Türkischer Politiker muss Strafe zahlen

Die drei Türken, die im Hotel Töss den Völkermord an den Armeniern leugneten, sind vom Bezirksgericht der Rassendiskriminierung schuldig gesprochen worden.

Die Leugnung des Genozids an den Armeniern kostet die drei Angeklagten zwischen 1800 und 2250 Franken. Ali Mercan, Europaabgeordneter der türkischen Arbeiterpartei, wurde vom Bezirksgericht Winterthur der Rassendiskriminierung schuldig gesprochen. Er hatte im Juni 2007 an einer Veranstaltung seiner Partei im Zentrum Töss den Genozid geleugnet, der während des Zweiten Weltkrieges an den Armeniern verübt wurde, und damit gegen das schweizerische Anti-Rassismus-Gesetz verstossen.

Geldstrafen mit Probezeit

Das Gericht verurteilte Mercan nun zu einer Geldstrafe von 150 Tagessätzen zu 30 Franken, wovon die Hälfte bedingt ausgefällt wurde, mit drei Jahren Bewährung. Die Organisatoren des Anlasses, ein 42-jähriger Lebensmittelhändler aus Zürich und ein 52-jähriger Bodenleger aus dem Kanton Bern, wurden wegen Gehilfenschaft zur Rassendiskriminierung zu Geldstrafen von je 120 Tagessätzen zu 30 Franken verurteilt. Auch sie müssen vorerst nur die

Hälfte bezahlen, die restliche Geldstrafe wird aufgeschoben, mit einer Probezeit von drei Jahren.

Staatsanwalt Andrej Gnehm hatte für die drei Männer, die vor Gericht angaben, «jederzeit wieder einen solchen Anlass zu organisieren», eine vollständig unbedingte Geldstrafe gefordert. Mit dem Urteil ist er dennoch nicht unzufrieden: «Es gab Schuldsprüche und teilbedingte Geldstrafen. Diese tun schon einmal weh, weil gezahlt werden

«Es gab Schuldsprüche und teilbedingte Geldstrafen. Diese tun schon einmal weh»

Andrej Gnehm, Staatsanwalt

muss.» Dass trotz fehlender Vorstrafen nicht bloss bedingte Strafen ausgesprochen worden sind, begrüsst Gnehm. Allerdings sei die Regelung betreffend teilbedingte Strafen umstritten. «Diese sind erst seit der Revision des Strafgesetzbuches möglich, also rund einhalb Jahre, es liegen noch keine höchstgerichtlichen Urteile vor.»

Über einen Weiterzug ans Obergericht will der Staatsanwalt erst entscheiden, wenn die schriftliche Urteilsbegründung vorliegt. Ebenso mit der Entscheidung zuwarten wird Verteidiger Tarkan Göksu. Er hatte für seine Man-

danten einen Freispruch gefordert, mit der Begründung, sie hätten zwar willentlich den Genozid geleugnet, aber ohne eine rassendiskriminierende Absicht. Dem hielt der Staatsanwalt entgegen, es reiche nicht aus, rassistische Motive vor Gericht abzustreiten, um sich einer Strafe zu entziehen.

Medienwirksame Prozesse

Die Schweiz gehört zu jenen 21 Staaten, welche die durch den osmanischen Staat begangenen Deportationen und Massaker der Jahre 1915 bis 1917 offiziell als Genozid anerkennen. Die Türkei bestreitet den Völkermord. Ihr gelten die Deportationen als eine «kriegsbedingte Sicherheitsmassnahme». Und die Todesfälle – je nach Schätzung 300 000 bis 1,5 Millionen Menschen – werden auf armenische Aufstände zurückgeführt, die militärisch niedergeschlagen wurden.

Weil das Leugnen des Völkermordes in der Schweiz unter Strafe steht, sind in der Vergangenheit schon verschiedentlich türkische Politiker und Historiker hierher gereist. Aufgrund ihrer Aussagen wurden sie angeklagt und erhielten so für ihre Thesen die gewünschte Aufmerksamkeit türkischer und internationaler Medien. So etwa der Nationalist Dogu Perincek der 2005 an verschiedenen Veranstaltungen, darunter auch eine in Winterthur, den Genozid als «internationale Lüge» bezeichnete. | MARC LEUTENEGER

NACHGEFRAGT

Hans-Lukas Kieser, Historiker

«Wer die Geschichte staatskritisch aufarbeitet, ruiniert seine Karriere»



Warum wird die Debatte über den Genozid an den Armeniern in der Türkei derart emotional geführt?

Die Frage trifft einen zentralen Nerv des türkischen Nationalverständnisses. Die Armenier waren in Anatolien das zentrale Hindernis auf dem Weg zum türkischen Nationalstaat. Steht der Staat zu seiner Verantwortung, gibt er zu, dass seine Gründer – wenn auch nicht Atatürk selbst – ein Verbrechen begangen haben. Kommt hinzu, dass in der Türkei das Wort Genozid mit dem Holocaust assoziiert wird. Die Türkei fühlt sich mit Nazideutschland gleichgesetzt.

Würde man auf einer Strasse in Istanbul eine Umfrage starten, wüssten alle vom Schicksal der Armenier?

Bestimmt käme eine Antwort. Einerseits tut eine starke nationalistische Geschichtsschreibung die Armenienfrage als internationale Verschwörung gegen die Türkei ab. Das ist ja die Sprachregelung, an die sich auch jene gehalten haben, die gestern verurteilt wurden. Andererseits bekäme man an liberalen Universitäten differenzierte Antworten. Das ist neu. Vor zehn Jahren hätten Studenten zu dieser Frage öffentlich nichts gesagt.

Weil der Druck des Regimes so gross war oder wusste niemand davon?

Beides. Die Repression war stärker. Heute wird das Thema in Zeitungen und wissenschaftlichen Büchern breit diskutiert. Da ist sehr viel passiert.

Können Historiker heute problemlos Bücher publizieren zu dem Thema?

Nein. Ich besuchte an der Buchmesse einen armenischen Verlag aus Istanbul, der sich strikt daran hält, keine Bücher zum Genozid zu veröffentlichen. Ein türkischer Historiker, der staatskritisch zur Armenienfrage publiziert, macht seine Karriere kaputt.

Und wer schon Karriere gemacht hat?

Ist jemand etabliert und muss keine Rücksicht auf seinen Lohn nehmen, kann er sich mehr oder weniger frei äussern; er muss allerdings Morddrohungen in Kauf nehmen. Ein ehemaliger türkischer Spitzendiplomat hat kürzlich in einer türkischen Zeitung gefordert, dass der Staat die Armenier um Entschuldigung bittet und den Nachkommen der Vertriebenen das Bürgerrecht anbietet. Das war mutig. Viele in der Türkei haben vor solchen Gesten der Wiedergutmachung noch Angst. | INTERVIEW: FELIX REICH